

# Thatcherismus – freie Marktwirtschaft und individuelle Verantwortung

*Roland Sturm*



Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg

Der Thatcherismus steht in der öffentlichen Diskussion für die erfolgreiche wirtschaftliche Wende im Großbritannien der 1980er Jahre. Er basiert auf einer Neuinterpretation der Marktwirtschaft, die mit der Inflationsbekämpfung und dem Kampf gegen die Gewerkschaftsmacht an spezifischen tagespolitischen Problemen anknüpfte, aber durch ihr Plädoyer für mehr Markt und individuelle Verantwortung darüber hinausweist.

## 1. Das wirtschaftspolitische Experiment der britischen Premierministerin Margaret Thatcher bleibt aktuell

Von 1979 bis 1990 war die Kandidatin der Konservativen Partei, Margaret Thatcher, britische Premierministerin. Als Politikerin mit festen Überzeugungen in der Innen- und Außenpolitik hat sie deutliche Spuren in der britischen Nachkriegsgeschichte hinterlassen. Dies ist aus zeitgeschichtlicher Sicht nicht zu bestreiten. Warum sollte man sich aber heute noch mit ihrem wirtschaftspolitischen Kurs befassen?

Hierfür sprechen drei Gründe: 1) Aus deutscher Sicht wurden Parallelen zu Angela Merkel gezogen, die ebenfalls als erste weibliche Regierungschefin ihres Landes zu Oppositionszeiten einen Bruch mit den Besitzständen des Sozialstaates zur Diskussion gestellt hatte, um Deutschland aus der wirtschaftlichen Krise zu führen. 2) Daran anknüpfend ergibt sich ein zweiter deutsch-britischer Vergleich. Vor dem Regierungsantritt Margaret Thatchers galt Großbritannien als „der kranke Mann Europas“. Zahllose Publikationen erforschten die Ursache des Niedergangs des Landes und der britischen Krise. In ähnlicher Weise wird heute über Deutschland national und international gesprochen. Deutschland hat Großbritanniens Rolle als wirtschaftlicher Krisenfall in Europa inzwischen übernommen. 3) Die wirtschaftlich lange Zeit sehr erfolgreiche Regierung Tony Blairs steht in vielen ihrer Grundüberzeugungen „auf den Schultern“ des Thatcherismus. Sie profitiert von der Entpolitisierung und Schwächung der Gewerk-

schaftsbewegung, die sie nicht versuchte, rückgängig zu machen. Die Regierung Blair begrüßt bedingungslos die Globalisierung und ihre Folgen und macht deren Wettbewerbsimperative zum absoluten Maßstab erfolgreicher britischer Wirtschaftspolitik. Für die freie Bewegung des Kapitals, einschließlich der Öffnung der britischen Märkte für ausländische Investoren, selbst wenn es um Leistungen der Daseinsvorsorge, wie die Wasser- oder die Stromversorgung geht, gibt es keine Schranken. Eine weitere Parallele zu den Jahren des Thatcherismus und der heutigen britischen Politik findet sich in der Grundhaltung der Regierung Blair zur europäischen Integration. Sie stellt die wirtschaftliche und soziale Integration Großbritanniens in die EU (Einführung des Euro, Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag) unter den absoluten Vorbehalt der Verträglichkeit mit dem nationalen Interesse. Wesentliche Unterschiede zum Thatcherismus finden sich in der öffentlichen Darstellung vor allem der Sozialpolitik, aber auch in Akzentsetzungen der Umverteilung durch staatliche Leistungen. Dennoch läßt sich die Faustformel vertreten: Ohne die auch von Tony Blair oft gelobte Margaret Thatcher und ihre wirtschaftspolitischen Weichenstellungen könnte das Vereinigte Königreich heute nicht auf eine Situation der vergleichsweise erfolgreichen wirtschaftlichen Erholung verweisen.

*Tabelle 1: Wirtschaftsdaten Vereinigtes Königreich*

	1978 (vor Amtsantritt Margaret Thatchers)	2004 (heute)
Wachstum*	2,9 %	3,2 %
Arbeitslosigkeit*	5,6 %	4,7 %
Inflationsrate	8,2 %	1,3 %
Staatsverschuldung in % des BIP	63 %	41 %

\* Die Wachstumsraten sind wegen Veränderungen der statistischen Erhebungsmaßstäbe nicht exakt vergleichbar, geben aber eine Tendenz an. Das gleiche gilt für die Arbeitslosigkeit.

Quellen: OECD Economic Surveys United Kingdom, Paris 2005, S. 29 und S. 32. Roland Sturm: Großbritannien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik, Opladen, 2. Aufl. 1997, S. 21 und Christopher Johnson; The Economy under Mrs Thatcher, Harmondsworth 1991, S. 265.

Hinzuweisen ist darauf, daß der Erfolg oder die Erfolglosigkeit einer Volkswirtschaft immer im Kontext gesehen werden müssen. Ein Wachstum von 3,2% mag angesichts mehr als doppelt so hoher Wachstumsraten in der VR China oder in Ländern Osteuropas als bescheiden gelten, ist aber beispielsweise aus deutscher Sicht heute ein sehr erstrebenswertes Ziel. Interpretiert man auf diese Weise, also mit Blick auf die führenden Industrieländer, die Daten der Tabelle 1, so litt Großbritannien 1978 unter schwachem Wirtschaftswachstum, mäßiger Arbeitslosigkeit, aber exorbitant hohen Inflationsraten bei ausufernder Staatsverschuldung. 2004 erfreute sich das Land relativ guter Wachstumserfolge bei relativ niedriger Arbeitslosigkeit und Inflation und mäßiger Staatsverschuldung.

## 2. Die Neuinterpretation der Marktwirtschaft durch Margaret Thatcher

Bis heute bleibt die Bewertung des Thatcherismus umstritten. Kritiker werfen Margaret Thatcher vor, sie habe menschliche Gier zu einer positiven Eigenschaft erklärt (MacInnes 1987: XV), ihre enthusiastischen Anhänger stellen demgegenüber lobend fest, sie habe den Briten die Freiheit zurückgegeben, weil in ihrer Regierungszeit der Staat aufgehört habe, die Bürgerinnen und Bürger als unmündige Empfänger von Wohltaten zu behandeln, deren Sinn und Zweck realitätsferne Experten im Elfenbeinturm erfanden (Letwin 1992: 341).

Die Neuinterpretation der Marktwirtschaft durch Margaret Thatcher war sicherlich ideengeleitet, sie war aber auch eine konkrete Reaktion auf die ökonomischen Probleme des Landes in den 1970er Jahren und Ergebnis der Folgen eines innerparteilichen Machtkampfes zwischen den am Sozialstaat orientierten Konservativen und denjenigen in der Partei, die in dieser Zeit begannen, einen Gegensatz zwischen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und wirtschaftlichem Erfolg zu sehen. Die traditionelle konservative Position, zu der sich als letzter konservativer Premierminister Edward Heath (1970-1974) trotz seiner heftigen innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften bekannte, war noch deutlich wohlfahrtsstaatlich geprägt. Heath trug nach anfänglichem Bemühen um eine Wirtschaftspolitik, die in erster Linie den Marktkräften vertraute, ab 1972 im wesentlichen die Sichtweise mit, daß der Staat für die Eckpfeiler der Wirtschaftsentwicklung, also Inflation, Arbeitsmarkt, Wachstum, sozialer Friede, eine zentrale Verantwortung trage. Ausdruck dieser Überzeugung war in seiner Regierungszeit unter anderem die staatliche Überwachung von Löhnen und Preisen, in erster Linie, um die Inflation zu kontrollieren.

Die Inflationsbekämpfung und die Macht der Gewerkschaften waren vor dreißig Jahren die zentralen Herausforderungen jeglicher Wirtschaftspolitik in Großbritannien. Darüber herrschte in allen Parteien Konsens. Was aber Inflation verursachte und wie sie zu bekämpfen sei, blieb umstritten. Die konservative Rechte, angeleitet vom früheren Gesundheits- und Sozialminister der Regierung Heath, Sir Keith Joseph, sah die Hauptursache der Inflationsgefahr in der von den Anhängern des Wohlfahrtsstaates propagierten Ausgabenpolitik sowohl für die Steuerung der Konjunktur als auch für Sozialleistungen. Die Gewerkschaften spielten dabei aus der Sicht der konservativen Rechten nicht nur deshalb eine unheilvolle Rolle, weil sie durch ihren Traditionalismus in den Betrieben Produktivitätsfortschritte verhinderten. Sie kämpften gar um Teepausen, den Heizer auf der Diesellok oder gegen andere Gewerkschaften um Mitglieder. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften wurden auch als Treibsatz einer Lohn-Preis-Spirale identifiziert, also für höhere Preise verantwortlich gemacht, die als Reaktion auf Lohnforderungen zustande kamen, die durch Produktivitätsfortschritte nicht gerechtfertigt waren.

Sir Keith Joseph wurde zum „Mentor“ Margaret Thatchers in Oppositionszeiten, nachdem es ihr überraschenderweise gelungen war, 1975 Edward Heath als Parteivorsitzenden zu beerben. Mit Keith Joseph initiierte Margaret Thatcher die Gründung des „Centre for Policy Studies“, das zum Think tank des neuen Konservatismus wurde. Keith Joseph

Friedrich A. Hayek

machte die Ideen des österreichischen Ökonomen Friedrich A. Hayek zur Orientierungslinie der neuen Wirtschaftspolitik der Konservativen. Margaret Thatcher hatte Hayek schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelesen, schreibt aber in ihren Memoiren:

„Erst Mitte der siebziger Jahre, als Hayeks Werke ganz oben auf der Liste der Bücher standen, deren Lektüre mir Keith Joseph empfahl, bekam ich seine Ideen richtig in den Griff: Erst jetzt betrachtete ich seine Argumente aus dem Blickwinkel des Staates, wie ihn Konservative sich wünschen – eine begrenzte, rechtsstaatliche Regierung -, und weniger aus der Sicht der Staatsform, die es zu vermeiden galt – ein sozialistischer Staat, in dem Bürokraten nach Belieben herrschen. In dieser Phase kam die (meines Erachtens) unwiderlegbare Kritik von „Der Weg zur Knechtschaft“ am Sozialismus voll zum Tragen. Hayek hatte erkannt, daß der Nationalismus – der nationale Sozialismus – in der deutschen Sozialplanung des 19. Jahrhunderts wurzelte. Er wies nach, daß staatliche Eingriffe in einem Bereich der Wirtschaft oder Gesellschaft fast unwiderstehlichen Druck auslösten, die Planung auf weitere Sektoren zu erstrecken. [...] Und im Hinblick auf die monopolistischen Tendenzen der Plangesellschaft, die Berufsstände und Gewerkschaften unausweichlich ausnutzen würden, nahm er kein Blatt vor den Mund. Jede Forderung nach Sicherheit, ob bei der Beschäftigung, beim Einkommen oder hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung, ziehe immer den Ausschluß der nicht der privilegierten Gruppe Angehörigen von diesen Segnungen nach sich und lege den Keim für entsprechende Forderungen ihrerseits. Letztlich verlören alle dabei.“ (Thatcher 1995: 69).

Für die Analyse der Inflationsgefahr stand mit dem Nobelpreisträger von 1976, Milton Friedman, ein weiteres Schwergewicht der ökonomischen Theoriebildung als Quelle intellektueller Inspiration für Margaret Thatcher zur Verfügung.

**Milton Friedmann** Die von Friedman vertretene Sichtweise, daß der Staat sich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten habe und daß es für die Inflationsbekämpfung einer wirksamen Geldmengensteuerung durch die Zentralbank bedürfe, machte sich Margaret Thatcher rasch zu eigen. Akademisch wurde die Position Friedmans von Margaret Thatchers Wirtschaftsberater in den Jahren 1981-84 und 1989 Alan Walters unterstützt.

Trotz dieser intellektuellen Unterfütterung des Thatcherismus wurde die Premierministerin nie zur Wirtschaftstheoretikerin. Sie handelte nach dem, was sie gefühlsmäßig für richtig erachtete und war stolz darauf. Dies liest sich in ihren Memoiren so:

„Noch ehe ich eine Seite von Milton Friedman oder Alan Walters gelesen hatte, wußte ich schon, daß diese Behauptungen (der Anhänger des Wohlfahrtsstaats, R.S.) einfach nicht wahr sein konnten. Sparsamkeit war eine Tugend und Verschwendung ein Laster; und eine Welt, in der die Gesetze menschlichen Wohlverhaltens durch bloßes politisches Fiat außer Kraft gesetzt werden konnten, ergab einfach keinen Sinn. Der vielleicht größte Wandel in all den Jahren, da ich Oppositionsführerin und dann Premierministerin war, war der, daß sich die große Mehrheit der politisch Verantwortlichen (ja sogar der Wirtschaftler) zu meiner Auffassung bekehrten.“ (Thatcher 1995: 657)

Richtig waren für Margaret Thatcher Werthaltungen, die in der Presse in Anspielung auf das 19. Jahrhundert auch „viktorianische Werte“ genannt wurden, nämlich „harte Arbeit“, „Verantwortungsbereitschaft“, „der Wille sich einzusetzen und Entbehrungen in Kauf zu nehmen“, „Pflichtgefühl“, „Patriotismus“ und eine „Abneigung gegen die Gewerkschaften“ (Sturm <sup>2</sup>1991: 12): Die wirtschaftspolitische Wende in Großbritannien, die mit dem Regierungsantritt Margaret Thatchers begann, war deshalb auch mehr als ein Wechsel der wirtschaftspolitischen Instrumente. Sie war eher vergleichbar mit dem berühmten „Ruck“ durch die Gesell-

schaft, nach dem in Deutschland unablässig gerufen wird, der aber im Vereinigten Königreich tatsächlich erfolgte. Eine andere Metapher wäre die des Kulturwandels, der – in der Sprache Margaret Thatchers – den Sozialismus durch eine „Eigentümergebietung“ bzw. eine „Unternehmerkultur“ ersetzen sollte. Die linke Kritik am Thatcherismus macht sich in erster Linie an diesem Kulturwandel fest, den sie als Versuch kritisiert, eine neue ideologische Hegemonie des Konservatismus (Gamble 1988: 25) zu errichten. Der Thatcherismus war aus heutiger Sicht (auch der linken Kritik) hier unbestritten erfolgreich, wenn man die ökonomischen Leitprinzipien Margaret Thatchers und Tony Blairs vergleicht.

### 3. Neue Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik

Der Thatcherismus bedeutete in der politischen Praxis eine zwar schrittweise, letzten Endes aber grundsätzliche Abkehr von den Spezifika des britischen Wohlfahrtsstaates, wie sie sich im überparteilichen Konsens in der Nachkriegszeit herausgebildet hatten. Die wesentlichen neuen Weichenstellungen des Thatcherismus blieben bis heute erhalten.

*Tabelle 2: Nachkriegskonsens (1945-79) und „Thatcherismus“ (1979 bis heute)*

	Nachkriegskonsens	Thatcherismus
1. Rahmenbedingungen		
a) Eigentumsstruktur	zum Teil Nationalisierungen	Privatisierungen
b) Produktion und Beschäftigung	Staatliche Auflagen und Programme	Entregulierung und Flexibilisierung
2. Wirtschaftliche Gesamtsteuerung	Staatliche Globalsteuerung (einschl. Preis-, Lohn- sowie Industriepolitik)	Markt/Geldmengensteuerung durch Zentralbank
3. Staatseinnahmen	Steuerpolitik als Mittel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit/ Umverteilung	Steuerpolitik zur Entlastung der Unternehmen
4. Staatsausgaben		
a) Konjunkturpolitik	Ausgaben zum Ausgleich von Konjunkturkrisen	Keine. Annahme eines längerfristigen wirtschaftlichen Gleichgewichts
b) Strukturpolitik	Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse	Keine. Gefordert wird Mobilität des Faktors Arbeit
c) Haushaltsdefizite	zur Bekämpfung von Konjunkturkrisen	Keine. Ziel ausgeglichener Haushalt
d) Staatsverschuldung	möglich aus ökonomischen und sozialen Gründen	schädlich, auch für Privatsektor, der durch die Staatsnachfrage nach Krediten höhere Zinsen zahlen muss
5. Gewerkschaften	Partner der Regierung, politische und ökonomische Rolle (Korporatismus)	überflüssig, weil sie ein Lohnkartell bilden. Sie haben kein durch Wahlen legitimes politisches Mandat. In Betrieben helfende Rolle bei der Produktivitätssteigerung

### 3.1. Privatisierungen und Re-regulierung

Das Privatisierungsprogramm Margaret Thatchers, das von ihrem konservativen Nachfolger John Major weitergeführt wurde, war umfassend und stellte prinzipiell jeglichen Staatsbesitz privaten Investoren zur Verfügung. Auf den ersten Blick scheint dies das perfekte Beispiel dafür zu sein, daß in der britischen Wirtschaftspolitik ein Paradigmenwechsel stattfand. Der Staat wurde, um es in den Worten des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan auszudrücken, nicht mehr als Problemlöser wirtschaftlicher Ineffizienz, sondern als Ursache dieses Problems gesehen. Wo früher Marktversagen durch Staatshandeln bekämpft werden sollte, ging es nun darum, die negativen Einflüsse staatlicher Interventionen durch Marktfreiheit und damit die individuelle Freiheit des Wirtschaftsbürgers zu überwinden.

In der Praxis entpuppte sich die Privatisierungspolitik als weit weniger ideologisch, nicht als Allheilmittel und schon gar nicht als einseitiger Rückzug des Staates. Der Regierungsantritt Margaret Thatchers war kein Signal für den sofortigen Ausverkauf von Staatsbesitz. Privatisierung als Gedanke war außerhalb der Wirtschaft zuerst erfolgreich und populär geworden mit der Entscheidung Margaret Thatchers, es den Bewohnern städtischer Sozialwohnungen (Council Houses) zu erlauben, falls sie dies wünschten, diese zu erwerben. Die dadurch erzielten Einnahmen flossen bezeichnenderweise nicht in die kommunalen Haushalte, sondern in den Staatshaushalt (vgl. Tabelle 3). Weder wollte Margaret Thatcher die teilweise in heftiger Opposition zu ihrer Partei stehenden Kommunen stärken, noch wollte sie auf diesen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung verzichten.

Das Privatisierungsprogramm kam erst nach ihrem zweiten Wahlsieg 1983 mit dem großen ökonomischen Erfolg der (Teil-) Privatisierung von British Telecom und der breiten Nachfrage in der Bevölkerung nach Aktienanteilen richtig in Gang. Getrieben wurde es auch weniger aus ideologischer Entschlossenheit als durch das doppelte politische Motiv der Schwächung der Gewerkschaften in den Großbetrieben des Landes, die mit dem Eigentümerwechsel mittel- bis langfristig verbunden war, und des Erzielens von Staatseinnahmen. Ab dem Haushaltsjahr 1987-88 konnten so (und auch wegen der Einnahmen aus der Förderung von Öl in der Nordsee) Haushaltsüberschüsse erzielt werden. Margaret Thatcher übergab ihrem Nachfolger John Major 1990 nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern sogar einen, der schwarze Zahlen schrieb (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Privatisierungspolitik und Haushaltssanierung

Haushaltsjahr	Privatisierungseinnahmen in £ Mrd.	Einnahmen durch Verkauf von Immobilien in £ Mrd.	Privatisierungseinnahmen insgesamt in £ Mrd.	Nettoneuverschuldung in £ Mrd.
1979-80	0,4	0,8	1,2	10,0
1980-81	0,2	1,2	1,4	12,7
1981-82	0,5	1,9	2,4	8,6
1982-83	0,5	2,6	3,1	- 8,9
1983-84	1,1	2,2	3,3	- 9,7
1984-85	2,5	2,2	4,7	10,1
1985-86	2,8	2,3	5,1	5,6
1986-87	4,5	2,8	7,3	3,6
1987-88	5,2	3,9	9,1	- 3,4
1988-89	7,1	5,9	13,0	-14,5
1989-90	4,3	5,6	9,8	- 7,9

Quelle: Christopher Johnson; *The Economy under Mrs Thatcher*, Harmondsworth 1991, S. 299.

Selbstverständlich nahm die Premierministerin die Gelegenheit wahr, ihren strategischen Erfolg in der Öffentlichkeit mit ihren Grundüberzeugungen zu verbinden. So sprach sie 1986 auf dem Jahresbankett des Lord Mayor of London davon, daß ihr „Traum, auf diesem Wege dem Volk Macht, Verantwortlichkeit und Unabhängigkeit zurückzugeben“ sich erfülle (Sturm <sup>2</sup>1997: 99). Tatsächlich aber erwiesen sich selbstverständlich nur gewinnbringende Unternehmen als privatisierbar. Damit Unternehmen in die Gewinnzone gebracht werden konnten, mußten einige der Unternehmen auf Staatskosten umstrukturiert werden bzw. es mußten, wie beim Verkauf von Zechen in der Kohleindustrie, finanzielle Zugeständnisse gemacht werden. Dennoch erwiesen sich insbesondere einige der von John Major weitergeführten Privatisierungen schwieriger Fälle aus heutiger Sicht als problematisch. Die Privatisierung der Bahn wurde, zumindest was das Streckennetz betrifft, angesichts der ausbleibenden Investitionen in die noch vorzufindende Substanz des 19. Jahrhunderts und zahlreicher schwerer Unfälle, durch Gründung einer quasi-staatlichen Einrichtung in Bezug auf das Schienennetz rückgängig gemacht. Die Kernenergie erwies sich, insbesondere wegen der Kosten der Entsorgung der alten Magnox-Reaktoren, zum Teil als Ladenhüter. Letztere wurden der im staatlichen Besitz verbleibenden Wiederaufbereitungsgesellschaft British Nuclear Fuels übertragen.

Privatisierung ist aber nicht identisch mit Wettbewerb. Private Monopole sind ebenso wenig mit marktwirtschaftlichen Prinzipien vereinbar wie staatliche. Gerade im Falle der Privatisierung der Stromwirtschaft räumte Margaret Thatcher (1993: 683) ein, daß sie, um die Weiterführung der Atomindustrie zu ermöglichen, sich nicht dem Votum ihres damaligen Schatzkanzlers Nigel Lawson angeschlossen habe, und gegen seinen Rat für Betriebsgrößen nach der Privatisierung optierte, die den Wettbewerb einzuschränken drohten. So waren für die Energieproduktion nur zwei Konkurrenten vorgesehen. Die logische Folge des Entstehens eines begrenzten Wettbewerbs und asymmetrischer Märkte, weil sich neben dem frühe-

**Privatisierung nicht identisch mit Wettbewerb**

ren Staatsbetrieb, wie beispielsweise British Telecom, nur langsam kleinere Konkurrenten etablierten, war der staatliche Versuch, Marktbedingungen und damit eine Wettbewerbssituation zu simulieren. Dies wurde zur zentralen Aufgabe einer ganzen Reihe neu errichteter Regulierungsbehörden, die – wenn auch inzwischen mehrfach umorganisiert – bis heute Ausdruck staatlicher Präsenz in einigen der Märkte der britischen Wirtschaft sind. Staatliche Regulierungsbehörden sorgen für angemessene Preise, Versorgungssicherheit und Konsumentenfreundlichkeit.

Dies zeigt, dass der Thatcherismus nicht in die Entstaatlichung der Wirtschaft mündete. Geändert haben sich Form, Ziele und Instrumente des Staatshandelns. Regulierer sind keinem politischen Ziel verpflichtet, ihr vornehmstes Ziel ist eigentlich ihre Selbstauflösung, nämlich dann, wenn die Märkte sich selbst optimieren. Sie kontrollieren den Wettbewerb bis dahin ex ante und legen dabei den Gedanken zugrunde, was wäre, wenn es offene Märkte gebe. Privatisierung ist also nicht logisch mit Deregulierung verbunden, sondern mit dem Entstehen eines regulatorischen Staates, der trotz aller Rhetorik der Priorität des ökonomischen Kalküls nicht ganz politikneutral bleibt. Letzteres hat insbesondere die Regierung Tony Blair veranlasst, das Modell der Regulierungsbehörde in vielen weiteren Bereichen einzusetzen, selbst dort, wo es nicht um ökonomische Sachverhalte geht.

### 3.2. Geldmengensteuerung

Angesichts der Bedeutung des Inflationsproblems in Großbritannien und der offensichtlichen Wirkungslosigkeit der Politik ihrer Vorgängerregierungen, war für Margaret Thatcher die Inflationsbekämpfung eine zentrale Komponente ihrer neuen Wirtschaftspolitik. Traditionell hatten die britischen Regierungen der Nachkriegszeit auf inflationäre Tendenzen mit einer Politik der Ausgabenkürzungen und Zinserhöhungen der Zentralbank reagiert (stop-Phase), was regelmäßig das Wachstum bremste und die Arbeitslosigkeit erhöhte. Auf diese Problemsituation wurde mit Mehrausgaben und Zinssenkungen reagiert (go-Phase), was nun wieder zum Ausgangsproblem der hohen Inflationsraten führte. Vornehmstes Ziel der Regierung Thatcher war es deshalb, diesen stop- and go-Zyklus zu unterbrechen und neue Antworten auf die in den 1970er Jahren besonders virulente Herausforderung der Inflation zu finden.

**Kontrolle der Geldmenge** Handlungsanleitend war für die erste Thatcher-Regierung Milton Friedmans These, dass nennenswerte Inflation immer und überall ein monetäres Phänomen sei, dass es gelte, durch eine Verstetigung des Geldmengenwachstums und vor allem eine dem Produktivitätswachstum entsprechende kontrollierte Expansion der Geldmenge zu bekämpfen. Zwar wurden Vorgaben der Geldmengenentwicklung von der Bank of England schon 1975 verkündet, erst die Regierung Thatcher versuchte aber, durch das Optimieren im Idealfalle dieser einen Zielgröße das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die Kontrolle der Geldmenge erwies sich als schwierigeres Unterfangen als zunächst vermutet, obwohl die Bank of England, anders als die Bundesbank dies

in den ersten Jahren der Geldmengensteuerung tat, von Anfang an keine einzelnen Zielgrößen, sondern Zielkorridore vorgab. Meist verfehlte das reale Wachstum der zu optimierenden Geldmenge die Planungsvorgaben der Bank of England, was aber nicht automatisch einen Mißerfolg bei der Inflationsbekämpfung implizierte. Die Regierung Thatcher zog aus der Verfehlung geldpolitischer Ziele zunächst die Konsequenz, die Maßeinheit für die Beobachtung der Geldmenge zu verändern. Kümmerte man sich 1979 in erster Linie um das Geldaggregat M3<sup>1</sup>, so schaute man ab 1982 mehrere Geldmengenaggregate gleichzeitig an, ab 1984 M3 und M0<sup>2</sup>. 1987 wurde M3 als Zielvorgabe aufgegeben, und zum Ende der Regierungszeit Margaret Thatchers spielte die Optimierung der Geldmenge als Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik nur noch eine untergeordnete Rolle.

*Tabelle 4: Geldmengensteuerung und Inflationsentwicklung*

Jahr	Geldmengenziel in %, M3	Verlauf in %	Zielerreichung	Inflationsrate in %
1979	8-12	13	nein	13,4
1980	7-11	16	nein	15,0
1981	7-11	19	nein	12,0
1982	6-10	13	nein	8,6
1983	8-12	11	ja	4,6
1984	7-11	9	ja	5,0
1985	6-10	12	nein	6,1
1986	5-9 und 11-15	18	nein	3,4

Quellen: Roland Sturm: Haushaltspolitik in westlichen Demokratien, Baden-Baden 1989, S. 67 und Roland Sturm: Großbritannien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, Opladen, 2. Aufl. 1997, S. 21.

Bemerkenswert bleibt allerdings zweierlei. Einerseits, dass in der Regierungszeit Margaret Thatchers es trotz der Zufälligkeiten monetaristischer Strategie tatsächlich gelang, die Inflationsentwicklung zumindest in der Tendenz einzudämmen und andererseits, dass die Premierministerin, trotz ihrer Bewunderung für das ökonomische Vorbild USA, nie die Initiative ergriff, die Bank of England nach dem Vorbild der amerikanischen Federal Reserve von der Politik unabhängig zu machen. Diesen Schritt zumindest teilweise zu gehen, blieb der Labour Regierung Tony Blairs vorbehalten.

### 3.3. Steuer- und Ausgabenpolitik

In der Steuerpolitik setzte Margaret Thatcher im Unterschied zu dem ihr in diesen Fragen so nahestehenden amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nicht auf das Modell der sich selbst finanzierenden Steuerreform, der der Gedanke zugrunde liegt, dass niedrigere Steuersätze mehr ökonomische Aktivitäten provozieren und damit auch mehr Staatseinnahmen erbringen. Diese wiederum sollen mindestens die Lücke schließen, die der Steuerverzicht im Haushalt hinterlassen hat. Margaret Thatcher war allerdings der Überzeugung, dass in Großbritannien die Steuern, insbesondere für die für die Investitionstätigkeit wichti-

gen hohen Einkommen sowie die Besteuerung der Unternehmen zu hoch seien. Entsprechende Steuersenkungen wurden von ihr als unbedingte Voraussetzung für die Wiederbelebung der britischen Wirtschaft angesehen. War die Selbstfinanzierung der Steuersenkungen ausgeschlossen, so musste die Steuerlast umverteilt werden. Dies geschah in erster Linie durch eine Erhöhung der indirekten Steuern und das Senken der direkten Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Eine solche Steuerpolitik verteilt zumindest im ersten Schritt Einkommen von den unteren zu den höheren Einkommen um, allerdings in der Erwartung, dass die positiven wirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahme auch den unteren Einkommen wieder zugute kommt.

Konkret sank beispielsweise der Spitzensteuersatz von 83% (Berufstätigkeit) bzw. 98% (Kapitaleinkommen) über Zwischenschritte auf 40% am Ende der Amtszeit Margaret Thatchers, die Körperschaftsteuer reduzierte sich von 52 % auf 35%, und die Mehrwertsteuer wurde von acht bzw. 12,5% auf 15% angehoben (Sturm <sup>2</sup>1997: 40f.). Mit diesen Steuersätzen wurde das Vereinigte Königreich für ausländische Direktinvestitionen in Europa konkurrenzlos attraktiv. Zwar wuchs der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtsteueraufkommen in der Regierungszeit Margaret Thatchers, das einsetzende Wirtschaftswachstum verhinderte aber einen starken Rückgang des Anteils der Unternehmenssteuern, und der einzelne Steuerzahler spürte durchaus eine finanzielle Entlastung (Tabelle 5).

*Tabelle 5: Steuereinnahmen nach Steuerarten  
(in % des Gesamtsteueraufkommens)*

Jahr	Einkommensteuern	Unternehmenssteuern	indirekte Steuern
1978 (vor Thatcher)	46,6	26,8	26,6
1979	44,4	28,5	27,1
1984	41,2	28,1	30,7
1989	40,8	28,1	31,1
1980-89	42,0	27,6	30,3

Quelle: Christopher Johnson; *The Economy under Mrs Thatcher*, Harmondsworth 1991, S. 296.

Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts änderte den Budgetprozess in der Regierungszeit Margaret Thatchers grundlegend. Die Finanzierung von allfälligen von den Ministerien definierten Bedarfen, welche regelmäßig zu Defiziten der jährlichen Haushalte führte, wurde der Kontrolle der Nettoneuverschuldung nachgeordnet. Den Ausgaben wurde so eine finanzielle „Decke“ verordnet. Neue Aufgabe der Politik war es nun, mit begrenzten Mitteln Prioritäten der Ausgabenpolitik setzen zu setzen. Dies war nicht möglich, ohne Sozialleistungen einzuschränken, was aber nicht unbedingt bedeutete, dass die Sozialausgaben insgesamt zurückgingen, weil nämlich die Zahl der Leistungsberechtigten weiter anstieg. So betrug die Arbeitslosenquote, trotz vierzehnfacher „Berichtigung“ der statistischen Methode zur Datenerhebung, 1990 noch immer 6,8%. Gestartet war die Regierung Thatcher mit sehr viel großzügiger errechneten 5,3%.

Deutliche Verschiebungen gab es zeitweilig zugunsten des Verteidigungshaushalts zur Finanzierung des Falklands-Krieges 1982, sowie dauerhaft für die

Verstärkung der inneren Sicherheit, zum Umbau des Bildungswesens und für die finanzielle Besserstellung des staatlichen Gesundheitswesens (National Health Service). Deutliche Ausgabenkürzungen waren nach der Teilprivatisierung der Council Houses für die Unterstützung der Sozialwohnungen möglich.

*Tabelle 6:* Entwicklung der Sozialausgaben (in £ Mrd. in Preisen von 1987-88)

Politikfeld	Haushalt 1978-79	Haushalt 1983-84	Haushalt 1989-90
Wohnungspolitik	7,3	3,8	1,9
Bildungspolitik	15,9	16,2	17,4
Gesundheitspolitik	15,2	17,7	20,5
Sozialversicherungen	33,7	42,4	44,8

Quelle: Peter Riddell: *The Thatcher Decade. How Britain has changed during the 1980s*, Oxford 1989, S. 128.

### 3.4. Das Ende der Rolle der Gewerkschaften als ökonomischer und politischer Machtfaktor

Die Gewerkschaftsbewegung war aus der Sicht der Konservativen aus mindestens vier Gründen zu einem Problem des Landes geworden: 1) Es war eine Streikbewegung im Jahre 1974, die den damaligen konservativen Premierminister Edward Heath zu Neuwahlen zwang, die die Partei um die Regierungsverantwortung brachten. 2) Die Gewerkschaften hatten sich zu einem „Staat im Staate“ entwickelt. Sie konnten quasi in einem rechtsfreien Raum agieren, in dem es weder Regeln für Arbeitskämpfe oder die gewerkschaftliche Organisation, noch die Möglichkeit von Schadensersatzforderungen gegenüber den Gewerkschaften gab. 3) Die Gewerkschaften waren zu einer politischen Macht geworden, mit der sich die von der Labour Party geführte Regierung James Callaghan (1976-79), des Amtsvorgängers Margaret Thatchers, genötigt sah, einen „Sozialvertrag“ zu schließen, um am Parlament vorbei Vereinbarungen zu treffen, die Streikdrohungen abwenden konnten. 4) Die Gewerkschaftsmacht, so die konservative Argumentation, habe auch gravierende ökonomische Nachteile. Sie führe dazu, dass Arbeitskraft zu überhöhten Monopolpreisen auf dem Arbeitsmarkt angeboten wird, was die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens nachhaltig schädige und Ursache von Arbeitslosigkeit sei.

Speerspitze der Gewerkschaftsbewegung war die Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers), die keinen Hehl daraus machte, dass sie, wenn nötig, Margaret Thatcher auch aus dem Amt streiken würde. Margaret Thatcher war von Anfang an bewusst, wo ihr innenpolitischer Hauptgegner stand. Vom Zeitpunkt ihres Amtsantritts an begann ihr Kabinett Planungen zur Niederschlagung eines eventuellen Bergarbeiterstreiks. Eine Politik gegen die Gewerkschaften genoss breite Unterstützung in der britischen Bevölkerung. Schließlich waren es die Streiks des Winters 1978/79, an deren Ende sich die Müllberge in den Straßen türmten und selbst die Toten nicht mehr begraben wurden, die wesentlich dazu beitrugen, dass die Labour Party nicht wiedergewählt wurde und Margaret Thatcher die Wahlen 1979 gewann. Die erwartete

große Auseinandersetzung zwischen NUM und Regierung kam in dem langen Streikjahr 1984/85, das mit einer Niederlage der NUM endete. Damit war das Ende der Gewerkschaftsbewegung als politischer Partner auf Augenhöhe mit der Regierung gekommen. Auch die Labour Regierung unter Tony Blair sieht heute nur noch in den Vertretern der britischen Wirtschaft relevante Ansprechpartner in ökonomischen Gegenwarts- und Zukunftsfragen.

Margaret Thatcher verrechtlichte durch kontinuierliche Gesetzgebung in ihrer gesamten Amtszeit die Arbeitsbeziehungen mit der Folge, dass geheime Abstimmungen bei Urabstimmungen nun verpflichtend sind, Entlassungen leichter möglich sind, Streiks an bestimmte klar umrissene Voraussetzungen gebunden sind, die Rechte der Arbeitenden gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären ausgeweitet wurden und die Gewerkschaften bei Rechtsverstößen haftbar gemacht werden können. Die Gewerkschaften verloren insgesamt deutlich an Mitgliedern und wurden, wo sie noch genügend Unterstützung finden, auf ihre Rolle der konkreten Interessenvertretung der Mitarbeiter in den Betrieben und Verwaltungen reduziert. Der Mitgliederschwund der Gewerkschaften setzte sich nach den Jahren des Thatcherismus sogar noch rasanter fort.

*Tabelle 7: Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Arbeitskämpfe*

Jahr	Mitglieder in Mio.	Organisationsgrad in %	Streiktage pro Tausend Beschäftigte
1979	13,3	57,4	1270
1980	12,9	56,4	520
1981	12,1	55,3	190
1982	11,6	54,2	250
1983	11,2	53,4	180
1984	11,0	51,8	1280
1985	10,8	50,5	300
1986	10,5	49,3	90
1987	10,5	48,5	160
1988	10,2	46,0	166

Quelle: Christopher Johnson; *The Economy under Mrs Thatcher*, Harmondsworth 1991, S. 312.

#### 4. Fazit: Was bleibt vom Thatcherismus?

In der unscharfen Alltagssprache gilt der Thatcherismus als Spielart des „Neoliberalismus“, dessen Kerngehalt Ralf Dahrendorf (1983: 53f.) aus zeitgenössischer Sicht und „vor Ort“ in Großbritannien so zusammenfaßte:

„Eine Wirtschaftsethik, die so weit nicht weg ist von Max Webers ‚protestantischer Ethik‘ und dem durch sie inspirierten Geist des Kapitalismus. Die Leute sind faul und träge geworden, heißt es da, auch gepöppelt vom Staat beziehungsweise entmutigt durch Steuern und Reglementierung. Wir brauchen vor allem Wachstum. Wachstum verlangt einerseits harte Arbeit bei stagnierenden wenn nicht reduzierten Reallöhnen. Es verlangt andererseits die Ermutigung von Investitionen durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, also durch Steuern-

kungen, Ent-Reglementierung, Inflationskontrolle, Gewinnförderung und unternehmerfreundliche Reden. Dabei wird mancher Preis in Kauf genommen, wenn nicht ausdrücklich gefordert. Ungleichheit gilt als natürlicher Ausdruck unterschiedlicher menschlicher Leistung auch als Stimulus zu verstärkter Anstrengung. Der Sozialstaat gilt als gigantischer Irrtum; er soll auf ein Minimum reduziert werden. Die Organisationen der Beschäftigten gelten als Hauptursache überhöhter Reallöhne; ihr Einfluß muß eingedämmt werden.“

Die 1980er Jahre sind im Hinblick auf die Dahrendorfschen Bemerkungen aber keineswegs Vergangenheit. Heute werden solche Gedanken weniger im nationalen Rahmen als im Weltmaßstab diskutiert. Der in dieser Tradition stehenden „angelsächsischen“ Kapitalismusvariante wird gelegentlich eine stärker an wohlfahrtsstaatlichen Traditionen orientierte „rheinische“ gegenübergestellt. Dass Marktwirtschaft heute eine Vielzahl von Variationen aufweist ist Allgemeinplatz und Forschungsgegenstand zugleich. Mag man in der EU auch weiter über das passende „europäische Sozialmodell“ streiten, für Großbritannien hat Margaret Thatcher die entscheidenden Antworten gegeben und die Weichen für eine Relativierung des Wohlfahrtsstaats erfolgreich und – wie es sich erwies – auf Dauer gestellt.

Daneben hat sie auch nicht nur im Verhältnis des einzelnen Beschäftigten zu dem Apparat der Gewerkschaften, sondern auch in allgemeinerer Form, die Frage nach den Wertvorstellungen gesellschaftlichen Zusammenlebens aufgeworfen. Die Alternative lautete aus ihrer Sicht, Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit oder permanenter Ruf nach staatlichen Hilfen, oder knapper: Freiheit oder quasi-Sozialismus. Eine Kontroverse in der britischen Politik zur Rolle des Staates löste ihre Bemerkung gegenüber einer Frauenzeitung aus, daß es so etwas wie „Gesellschaft“ gar nicht gäbe. Margaret Thatcher fuhr fort: „Es gibt Individuen, Männer und Frauen, und es gibt Familien. Und keine Regierung kann etwas ohne die Menschen tun, und diese müssen sich erst einmal um sich selbst kümmern. Dies ist unsere Pflicht und die weitere ist es, sich um unsere Nachbarn zu kümmern.“ Und in ihren Memoiren stellt sie in diesem Zusammenhang klar: „Ich war immer Individualist in dem Sinne, daß Individuen letztlich für ihre Handlungen selbst die Verantwortung tragen und sich entsprechend verhalten müssen.“ (Thatcher 1993: 626).

Auch dieser Denkanstoß hat weite Kreise gezogen und ist – nicht mehr im Vereinigten Königreich -, aber beispielsweise in Deutschland, noch immer kontrovers, wo der Staat, wie Margaret Thatcher dies ausdrückte, weiterhin häufig als „helper of first resort“ gilt. Die „Entwöhnung“ der Bürger von staatlicher Vormundschaft war für Margaret Thatcher die Voraussetzung für ein Funktionieren der Marktwirtschaft. Mit den Begriffen „individuelle Verantwortung“ und „freie Marktwirtschaft“ lassen sich die Kernelemente des marktwirtschaftlichen Modells des Thatcherismus zusammenfassen.

## Anmerkungen

- 1 M3 umfaßt den Bargeldumlauf der Nichtbanken, Sichtguthaben, Terminguthaben (bis 4 Jahre) und gesetzliche Spareinlagen.
- 2 MO ist die Zentralbankgeldmenge bestehend aus dem Bargeldumlauf der Nichtbanken und die Sichtguthaben der Banken bei der Bank of England, die sich aus dem Mindestre-

servesoll der Banken auf inländische Verbindlichkeiten ergeben. Banken müssen von ihren Einlagen einen bestimmten Prozentsatz als unverzinsliche Mindestreserve an die Bank of England abführen.

## Literatur

- Dahrendorf, Ralf (1983): Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart.
- Gamble, Andrew (1988): The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism, Basingstoke/ London.
- Letwin, Shirley Robin (1992): The Anatomy of Thatcherism, London.
- MacInnes, John (1987): Thatcherism at work, Milton Keynes/ Philadelphia.
- Sturm, Roland (<sup>2</sup>1991): Einleitung, in: Ders. (Hg.): Thatcherismus – eine Bilanz nach zehn Jahren, Bochum, S. 11-16.
- Sturm, Roland (<sup>2</sup>1997): Großbritannien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik, Opladen.
- Thatcher, Margaret (1993): The Downing Street Years, London.
- Thatcher, Margaret (1995): Die Erinnerungen 1925-1979, Düsseldorf.